

Pressemitteilung

Frankfurt am Main, 5. Juni 2018
Nr. 30/2018

Weichenstellungen für die Automobilindustrie – Elektrifizierung als große Herausforderung für die Beschäftigung in Deutschland

- **Elektrifizierung des Antriebsstrangs führt zu deutlich geringerem Personalbedarf. Das betrifft vor allem den Zuliefererbereich**
- **Die Transformation hin zur Elektromobilität kann gelingen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen**
- **Politik und Unternehmen sind jetzt gefordert, Strategien zu entwickeln, um diese Herausforderung zu bewältigen**

Frankfurt am Main - Bis 2030 kann jeder zweite Arbeitsplatz in der Antriebstechnik von PKW direkt oder indirekt von der Elektromobilität betroffen sein. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Wirkungen der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung am Standort Deutschland (ELAB)“ des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO. Danach werden in Deutschland durch Elektrifizierung und Produktivität per Saldo – bei als wahrscheinlich angenommenen Entwicklungen – rund 75.000 Arbeitsplätze in der Antriebstechnik wegfallen. Darin ist schon eingerechnet, dass rund 25.000 neue Stellen für Komponenten wie Batterien oder Leistungselektronik entstehen werden. Die Automobilindustrie in Deutschland zählt rund 840.000 Beschäftigte, darunter rund 210.000 in der Herstellung von Antriebssträngen.

Grund zur Angstmacherei böten die Ergebnisse nicht, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, bei Vorstellung der Studie am Montagabend in Frankfurt. „Die Herausforderung ist groß, aber zu bewältigen, wenn jetzt die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden“, betonte Hofmann. Er sieht Politik und Unternehmen in der Verantwortung. „Politik und Unternehmen müssen jetzt Strategien entwickeln, um diese Transformation zu gestalten. Die Politik muss den notwendigen Strukturwandel in der Automobilindustrie durch eine zielgerichtete Industrie- und Beschäftigungspolitik flankieren, die Unternehmen müssen vor allem

mit einer massiven Qualifizierungs-offensive dafür sorgen, dass die Beschäftigten in diesem Wandel nicht unter die Räder kommen.“ Hofmann forderte Politik und Arbeitgeber auf, jetzt dafür belastbare Konzepte und Vorschläge auf den Weg zu bringen. „Wir müssen die kommenden Jahre dazu nutzen, um diese erforderlichen Anpassungsprozesse in die Wege zu leiten – aber die Weichen dafür werden heute gestellt“, sagte der IG Metall-Vorsitzende.

Gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland von mehr als 44 Mio. sei dieser mögliche Arbeitsplatzverlust gering, sagte Professor Dr. Oliver Riedel, Institutsdirektor am Fraunhofer IAO. „Doch je nach Betrieb und Region können die Folgen beträchtlich sein. Zum Beispiel dann, wenn kleinere Unternehmen Umsatzeinbußen bei Komponenten für Verbrennungsmotoren nicht ausgleichen können oder wenn es in strukturschwachen Regionen kaum Beschäftigungsalternativen gibt.“

Initiiert wurde die Studie von IG Metall, BMW, Volkswagen, Daimler, Robert Bosch, ZF Friedrichshafen, Schaeffler, Mahle sowie dem Verband der Automobilindustrie. Die Forscher vom Fraunhofer IAO haben die Beschäftigungswirkung der Elektromobilität in drei Szenarien durchgespielt. Im Zentrum steht ein Szenarium, in dem bis 2030 ein Viertel der Fahrzeuge rein elektrisch angetrieben wird, 15 Prozent sind Plug-in-Hybride, 60 Prozent haben einen effizienteren Otto- oder Dieselmotor. Ein besonderes Gewicht fällt Plug-in-Hybriden zu. Weil sie beide Antriebsarten verbinden, haben sie sowohl klima- wie beschäftigungspolitisch positive Folgen. Vorausgesetzt ist in allen Szenarien, dass die Komponenten für Hybrid- und reine Elektrofahrzeuge weitgehend in Deutschland hergestellt werden.

Die Studie beruht auf Daten aus der Fertigung der beteiligten Unternehmen. Der dort analysierte Anteil der Beschäftigung repräsentiert mehr als die Hälfte der Wertschöpfungsketten in der Antriebstechnik in Deutschland. Die Ergebnisse sind damit in hohem Maße valide.